



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 134 • Die Woche im Bundestag • 19.04.2013

Hilfspaket für Zypern vorgelegt

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag am Wochenende einen Beschlussantrag für das lang diskutierte und noch einmal nachverhandelte Hilfsprogramm für Zypern vorgelegt.

Am Kreditvolumen von 10 Milliarden Euro sowie den zentralen Reformauflagen hat sich nichts mehr geändert. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Maßnahmen sollen nun jedoch Spareinlagen von bis zu 100.000 Euro von der Inanspruchnahme verschont bleiben.

Umso umfangreicher werden größere Bankeinlagen sowie Bankanleihen an der Abwicklung bzw. Restrukturierung zyprischer Banken beteiligt. Der Staat Zypern hat erhebliche Sanierungsbeiträge beizusteuern, indem etwa Goldreserven verkauft und Staatsbesitz privatisiert werden soll.

Das jetzige Verhandlungsergebnis bestärkt die europäischen Werte der Eigenverantwortung, Haftung und Rechtssicherheit. Es eröffnet Zypern neue Wachstums- und Arbeitsplatzperspektiven in Bereichen wie vor allem der Erdgasförderung, der öffentlichen Daseinsvorsorge und dem Tourismus.

Auslaufen der Hilfsprogramme für Irland und Portugal absichern

Die europäischen Rettungsschirme haben Irland und Portugal den teilweisen Wiedereinstieg am Kapitalmarkt ermöglicht.

Eine Gewährung von Laufzeitverlängerungen begünstigt die weitere Refinanzierung über den Markt, weil der jährliche Refinanzierungsbedarf deutlich gesenkt würde und Rückzahlungsspitzen besser aufgefangen werden können.

Damit verbessern sich auch die Perspektiven, keine weiteren Hilfsprogramme für diese beiden Länder auflegen zu müssen.

Sowohl Euro- als auch EU-Finanzminister schlagen daher eine Verlängerung der durchschnittlichen Kreditlaufzeit um sieben Jahre vor. Das ESM-Kreditvolumen und die Reformauflagen bleiben völlig unverändert

Endlagersuche nun in breitem Konsens - Vernunft setzt sich durch

Unserem Umweltminister ist gelungen, wozu seine rot-grünen Vorgänger nicht in der Lage waren.

Peter Altmaier hat in langer und beständiger Überzeugungsarbeit die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass ein jahrzehntelanger Streit befriedet werden kann.

Das Endlager für den deutschen Atommüll kann nun mit der notwendigen Ruhe und Sachlichkeit ermittelt werden.

Während Rot-Grün das Problem gern wegdefinierte, ist uns klar: Anfallender Nuklear-Abfall muss an einem sicheren und dafür geeigneten Ort eingelagert werden. Die nun erreichte Einigkeit über das Vorgehen bietet die Grundlage für eine wahlperiodenübergreifende und alle beteiligende Lösung.

Schlussbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ vorgestellt

Die Kommission hat die Ergebnisse ihrer Arbeit mit den Zwischenberichten der insgesamt zwölf Projektgruppen im Plenum vorgestellt.

Schwerpunkt der abschließenden Betrachtungen der Kommissionsmitglieder ist, neben persönlichen Kommentaren, die Einschätzung der Online-Bürgerbeteiligung.

Insgesamt hat die Arbeit der Enquete-Kommission deutlich gemacht, dass die digitale Gesellschaft Veränderungen in unser aller Leben mit sich bringt und daher viele Bürger anspricht. Sorgen, Nöte und Chancen wollen abgewogen sein. Gemeinsam mit den umfangreichen Berichten aus den Projektgruppen hat die Kommission hier wertvolle Beiträge geleistet.

Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen auf den Weg gebracht

Das Gesetz dient der Umsetzung von Maßnahmen, die noch in dieser Legislaturperiode geregelt werden sollen. Insbesondere wird die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen nach der Abgabenordnung, dem Umsatzsteuergesetz und dem Handelsgesetzbuch als eine wichtige Maßnahme des Bürokratieabbaus erneut eingebracht. Allein diese Maßnahme führt zu einem Einsparpotential für die Unternehmen von rund 2,5 Mrd. Euro jährlich.

Zu den weiteren entlastenden Maßnahmen gehören z.B. die Umsatzsteuerbefreiungen für rechtliche Betreuer, Bühnenregisseure und – choreographen sowie die Steuerbefreiung des Taschengeldes bei zivilen Freiwilligendiensten. Darüber hinaus werden die Steuerbefreiungsvorschriften für freiwillig Wehrdienstleistende und Reservisten angepasst.

Immobilien wichtigste Vermögensgrundlage für die Deutschen

Die Bundesbürger besitzen Häuser und Eigentumswohnungen im Wert von fast 6 Billionen Euro. Dieser Wert hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt, so eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

Immobilien sind somit nach wie vor die wichtigste Vermögensgrundlage der privaten Haushalte. Deutschlandweit verfügen 18,8 Millionen Haushalte (das entspricht 48 %) über Haus- und Grundbesitz. Dabei liegt die Quote im Osten mit 39 % niedriger als in Westen (50 %). Immobilienvermögen und Einkommenshöhe stehen in einem engen Verhältnis:

Während etwa 80 % der Haushalte mit mehr als 4.500 € netto im Monat über Immobilienbesitz verfügen, sind dies bei Einkommen unter 1.300 € netto monatlich nur etwa 20 % der Haushalte. Ein ebenso wichtiges Kriterium ist die Haushaltsgröße: Je mehr Personen in einem Haushalt leben, umso eher handelt es sich um Eigentum.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Eltern befürworten Ehegattensplitting

Eine im Auftrag der Zeitschrift „Eltern“ durchgeführte Studie belegt, dass 81 % der Eltern minderjähriger Kinder das Ehegattensplitting für eine geeignete Maßnahme zur Förderung von Familien halten.

Sowohl bei Anhängern von CDU/CSU (84 %), als auch bei 76 % der Grünen- und 83 % der SPD-Wähler stößt es auf Zustimmung. Nur 16 % halten es für eine gute Idee, das Splitting abzuschaffen.

Ferner zeigt die Studie die Hintergründe dieser Beliebtheit auf: Von dem Splittingvorteil profitieren insbesondere Paare, bei denen einer der Partner mehr verdient – was in Familien fast immer der Fall ist.

Dass der Splittingtarif die richtige Antwort auf die Lebenspraxis ist, wird auch dadurch bestätigt, dass das Modell der doppelten Vollzeitberufstätigkeit bei Eltern unpopulär ist: Nur 13 % streben es an. Dagegen ziehen 40 % der Eltern die Teilzeitbeschäftigung der Mutter vor, die sich so um die Kinder kümmern kann, während der Vater in Vollzeit arbeitet.

Gleichzeitig gibt gut die Hälfte der Befragten an, Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu haben. Schließlich bevorzugen nur noch 6 % der Eltern die klassische Alleinverdiene-Ehe und nur eine Minderheit von 14 % lebt in einer solchen Partnerschaft.

Zur Relevanz der Ergebnisse führt die Studie aus, dass das Thema „Familie, Kinder und Bildung“ für 86 % der befragten Eltern bei ihrer Wahlentscheidung eine mindestens genauso so große Rolle spielen wird wie andere Themen. Das Ehegattensplitting wird für 59 % Einfluss auf die Wahlentscheidung haben.

(Quelle: Forsa-Studie „Familie und Wahl“)